

Vor lauter Häme handelt die Opposition fahrlässig

Auf die Probleme mit dem Haushaltsurteil aus Karlsruhe reagieren manche gerne mit dem allseits beliebten Vorbild der „schwäbischen Hausfrau“. Was aber macht eigentlich diese so tüchtige und mit Bodenhaftung ausgestattete Hausfrau aus? In erster Linie hat sie Langzeitperspektive. In jungen Jahren pflegt sie sich zu verschulden, und zwar als die sprichwörtliche Häuslebauerin. Denn ihr geht es für die Familie und fürs Alter – um ein sicheres Dach über dem Kopf. Dafür nimmt sie auch gerne Kredite auf. Für allerlei Larifari wie teure Urlaubsreisen und Modetorheiten würde sie nie Schulden machen. Solcherlei Differenzierungen zum Thema Schulden für Investitionen mit Langzeitwirkung vermisst man bei manchen Bundespolitikern, die nach dem Karlsruhe Urteil nichts als Häme übrig haben für eine Politik, die offensichtlich keinen Plan B hatte.

Vor lauter Häme auszublenden, dass gewaltige Investitionen in die Zukunft nötig sind, ist schlicht verantwortungslos. Deutschland wird nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft gelingt. Der Klimawandel drängt. Was zu leisten ist, ist zu vergleichen mit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Ein Oppositionsführer, der sich hier einfach einreicht bei den Klimaleugnern, wird nicht gebraucht. Die „schwäbische Hausfrau“ könnte ihm in resolutem Ton beibringen: Reformiere gefälligst deine Schuldenbremse! Du möchtest doch ernst genommen werden. Und du wirst nicht nach denen schießen, die sich für eine Alternative für unser Land halten! Denke immer daran: Vor wenigen Jahren erst hat dasselbe Verfassungsgericht der Bundesrepublik zum Thema Klimapolitik klare Aufgaben ins Stammbuch geschrieben. Ulrich Mohr, Hochstadt

Die westlichen Demokratien destabilisieren sich selbst

Der CDU-Vorsitzende und Milliardär Merz meint, 563 Euro im Monat als Lebensunterhalt für einen Alleinstehenden seien zu hoch und würden ihn von Arbeitsaufnahme abhalten. Merz soll sein Vermögen und seine jährlichen Einkünfte spenden und versuchen, davon zu leben. Wünsche mir, dass ihn dieses Bürgergeld dann von einer Arbeitsaufnahme abhält! Das ist ganz auf der Linie der asozialen und klima-ignoranten FDP, die alles unternimmt, damit die Reichen immer reicher werden und die soziale Spaltung vertieft wird. Genauso absurd und verlogen ist eine Flüchtlingspolitik die behauptet, über mehr Abschiebungen und noch effektivere Grenzbarrieren könnte man die „illegale Migration“ stoppen. Statt dieser Stimmungsmache sollte endlich das Arbeitsverbot beseitigt, für ausreichende Deutsch- und Integrationskurse sowie für Kindergarten- und Schulplätze gesorgt werden. Das kostet Geld, wäre aber eine Investition in die Zukunft.

Diese Finanzmittel stehen deshalb nicht mehr zur Verfügung – ebenso nicht für eine ef-



Die Tafel von „Seniorenglück“ wird gebraucht. Trotzdem wollen FDP und CDU im Sozialen „sparen“.

Auf dem Rücken der Schwächsten

Zuschriften zum Urteil des Verfassungsgerichts über den Staatsetat und zu den Forderungen nach Kürzungen bei Sozialleistungen

effektive Klima- und Infrastrukturpolitik –, weil viele hunderte Milliarden Euro in unsinnige Energieersatzbeschaffung und für Waffen und Militär ausgegeben werden. Nun soll der Bundeshaushalt an Stelle einer Umverteilung des Reichtums sowie der Streichung klimaschädlicher Subventionen durch Einschnitte in der Sozialpolitik ausgeglichen werden. Putin und die AfD müssen nur warten, die Destabilisierung der westlichen Demokratien besorgen diese selbst.

Hugo Reister, Berlin

Dienstwagenprivileg weg, Zuckersteuer einführen

Eine selbstverschuldete Haushaltsmisere und ein Milliardenloch für den Haushalt 2024. Die einen wollen an Sozialleistungen ran, die anderen haben Ideen, die einige Koalitionspartner nicht wollen. Meine Vorschläge: Abschaffung des sog. „Dienstwagen-Privilegs“, da dieses Privileg in der Regel von sehr gut Verdienenden genutzt werden kann; Einführung einer Zuckersteuer, was der Gesundheit dienlich sein kann; eine Kerosinsteuer verbunden mit der Verpflichtung, an deutschen Flughäfen zu tanken in Verbindung mit der Vergabe von Start- und Landerechten (die Kerosinsteuer entfällt aber für Parteivorsitzende mit eigenem Flugzeug!); Erhöhung der Alkoholsteuer, saufen muss teurer werden! Und ja, die Erhöhung des Bürgergeldes muss geringer ausfallen als geplant. Wir Rentner erhalten solche Erhöhungen ja auch nicht, obwohl wir genauso unter der Inflationsrate leiden.

Da hätten wir schon einige Milliarden beisammen, und zwar dauerhaft.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Nehmt Vernunft an, sonst zerstört ihr die Demokratie

Herr Aiwanger, im Heute-Journal haben Sie vorgeschlagen, die fehlenden 60 Milliarden bei den ohnehin schon vom Gesetzgeber benachteiligten Bevölkerungsschichten einzusparen. Ich schlage stattdessen vor, dass dafür gesorgt wird, dass die vom Gesetzgeber bevorzugten Bevölkerungsschichten herangezogen werden, endlich ihre gerechten Abgaben zu entrichten. Die Sozialschmarotzer, die weitaus mehr verdienen als eine Krankenschwester, die aber nur einen Bruchteil der Sozialabgaben entrichten, die eine Krankenschwester in die Kassen des Allgemeinwohls einzahlen muss.

Die Herren Söder, Scholz, Merz, die Damen und Herren des Bundestags – sie allesamt sind nicht bereit, ihren gerechten Anteil zu zahlen. Ich habe sie befragt. Ein einziger Bundestagsabgeordneter war bereit, genauso viel in das Allgemeinwohl zu zahlen wie Frau Schmitz von der Supermarktkasse. Allen anderen zerfrisst die Gier das Gehirn.

Wenn Ihr nicht bald Vernunft annehmt, zerstört Ihr diese Demokratie!

Jürgen Polzin, Köln

Wenn das so weitergeht, sind wir bald froischtot

In Anbetracht der Art und Weise, wie die vorherige Regierung mit den Geldern zur Bewältigung der Coronakrise großzügig umgegan-

gen ist und vielen Glücksrittern reichlich Kohle beschert hat, wundert man sich, dass noch 60 Milliarden übrig sind. Nun hat das Verfassungsgericht das Vorhaben der Ampelregierung gekippt, diese Summe für den Klima- und Transformationsfonds zu benutzen. Der Jubel der christlichen sowie rechtsradikalen Oppositionsparteien ist zwar verständlich, zeugt jedoch von großer Ignoranz. In Anbetracht der sich anbahnenden, kaum mehr zu stoppenden Klimakatastrophe wird dringend viel Geld für die Bekämpfung der Folgen benötigt, und dies ist nicht nur ein Problem der Regierung, sondern unseres gesamten Volkes.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ein großer Teil der Weltbevölkerung am „Boiling-Frog-Syndrom“ leidet, das besagt, dass man unfähig ist, sich zu verändern oder Veränderungen herbeizuführen und dass man am Ende weichgekocht, um nicht zu sagen mause- oder besser gesagt: froischtot ist. Es ist zu befürchten, und man braucht dafür kein Nostradamus zu sein, dass aufgrund der heftigen Klimaveränderungen ein Massensterben beginnen wird und dass nicht die Dinosaurier die Opfer sein werden. Anita u. F.W. Osterloh, Frankfurt

Erhöhung des Bürgergelds ist rechtlich geboten

Mit Taschenspielertricks kann Finanzminister Christian Lindner (FDP) beim Nachtragshaushalt 2023 sowie beim Haushalt 2024 keine Punkte. Recht hat deshalb Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverband,

wenn er feststellt, dass die Bundesregierung mit der Aussetzung der geplanten Bürgergeld-Erhö- hung erneut Verfassungsbruch begehen würde. Die Erhöhung um 12 Prozent sind verfassungsmäßig mindestens geboten als Inflationsausgleich.

Klargestellt hat das Verfassungsgericht, dass der existenznotwendige Bedarf auch bei Empfänger/innen von Bürgergeld und Sozialhilfe gedeckt sein muss. Die wirren Diskussionsbeiträge von FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, CSU-Ministerpräsident Markus Söder und CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann liegen jenseits unserer Verfassung. Die Debatte um Einsparungen im Bundeshaushalt auf Kosten armer Menschen auszutragen, zeigt die spätrömische Dekadenz der Beteiligten.

Insbesondere Christian Lindner ist ein Monatspraktikum bei den „Bremer Suppenengeln“ zu empfehlen. Der regelmäßige Besuch von kirchlichen Trägern wie Caritas und Diakonie könnte ihm nicht schaden. Dies würde Lindner eine Bevölkerungs- und Wählergruppe näher bringen, die er anscheinend nicht mal vom Hörensagen kennt. Und die Ehrenamtlichen könnten Lindner „aus der täglichen Praxis“ jede Menge Fallbeispiele für seine Tätigkeit im „Raumschiff Berliner Bundestag“ berichten.

Klaus Jürgen Lewin, Bremen

Lasst das kleinkarierte Parteiengzänk beiseite

Noch nie seit der Nachkriegszeit befand sich unser Land in einer solch vielseitigen, hochkonzentrierten Krise und Phase der „Zeitenwende“. Diese muss nun eine bunte Regierung bewältigen, welche von „ihrem“ Glück und der wahnsinnigen Komplexität der Zukunftsbewältigung bei ihrer Wahl nicht viel ahnen konnte. Da müssten wir BürgerInnen eigentlich davon ausgehen können, dass alle PolitikerInnen mal das kleinkarierte Parteiengzänk und Karrieregestrebe beiseite ließen und um der Sache willen an einem Strang zögen. Doch kann man diese Hoffnung schnell begraben, wenn man Politikern wie Merz zuhört und auch die anderen im Ohr hat. Er bot leider wieder ein schlimmes Gegenbeispiel.

Natürlich sind die Deutschen genervt und wollen wenig aushalten müssen. In dieser Zeit würde es ihnen niemand recht machen können. Dafür gibt es in der Ampel wenigstens ein paar Leute, die vergleichsweise offen reden, die versuchen, Probleme gegen alle Widerstände anzupacken und die wichtigsten Fehler der vielen vorherigen Regierungen aus dem Weg zu schaffen (ganz zufällig ein schlimmes Erbe von CDU incl. SPD). Es gibt so viele Felder (Umwelt, Energie, Gebäude, Populismus, Asyl, Kriege – eine „Mammutaufgabe“. Wer hätte das wirklich haben wollen?). Das geht nie ohne Widerstand, weil es kostet und Einsicht verlangt. Und schon gar nicht gegen offene Häme und Händereien der Oppositionsparteien.

Konstruktivität bleibt eine vergebliche Erwartung. Leider werden wohl nur die Stänkerer grinsen, oder?

Georg Ruffer, Braunschweig

Diskussion: frblog.de/ktf